

Stefanie Remlinger, MdB

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Bildung, Berufliche Bildung
und Haushaltspolitik

Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin
T +49 (0)30 2325 2473
F +49 (0)30 2325 2409

stefanie.remlinger@gruene-fraktion-berlin.de
www.stefanie-remlinger.de
www.gruene-fraktion-berlin.de

Berlin, 17. September 2014

Raumnutzung an Berliner Schulen – neue Wege aus der finanziellen Krise

1. Ist-Stand

Eine ganze Reihe von Berliner Bezirken stößt aufgrund der finanziellen Bemessung von Schul-Räumen ständig an die Grenzen. Erst vergangene Woche scheiterte der Plan im Bezirk Mitte, das gut ausgelastete Max-Planck-Gymnasium wegen eines Haushalts-Defizits von 5 Millionen Euro zu schließen. Die vermeintliche Ersparnis hätte mit 400.000 Euro gerade mal 8 Prozent des Defizits ausgeglichen, die Umbaukosten für eine Erweiterung der benachbarten Grundschule nicht eingerechnet. Das Wissen darum, trotz aller Sparbemühungen kein Ziel erreichen zu können, führt insbesondere bei Lehrerschaft, Eltern und Verwaltung zu enormer Frustration.

Tatsache ist auch, dass Bauten etwa aus der Gründerzeit in der Unterhaltung teurer sind als Neubauten. Nach den Vorgaben von SenFin und SenSchule wäre es theoretisch ideal, mobile Unterrichtseinheiten (Container) flächendeckend zu unterhalten. Allerdings würde dies, nach der jeweils zweijährig erfolgenden Neuberechnung des Medians, dazu führen, dass nur die zwei, drei schnellsten Bezirke in der Realität von den Einsparungen profitieren würden, bis es eine erneute Angleichung der Zuwendungen gäbe.

2. Problem-Definition

Teuer wird es für die Bezirke auf jeden Fall immer dann, wenn sie ihre Schulen nicht voll auslasten. Diese Schwierigkeiten der Bezirke in Zusammenhang mit der Raumberechnung und der daraus resultierenden Haushaltsdefizite entstehen in der

Regel aus zwei Gründen:

a) die demografischen Wellenbewegungen

Die Geburten und damit der Nachwuchs an den Schulen ist nicht planbar. Bezirke wie Steglitz-Zehlendorf oder Charlottenburg-Wilmersdorf haben aktuell an etlichen Schule Probleme, die Zügigkeit einzuhalten oder gar Züge überhaupt einzurichten. Nur die Sorge, beim Kampf um Schulschließungen mit einer kämpferischen Elternschaft konfrontiert zu werden, verhindert die Schließung einzelner (Gymnasial-)Standorte.

b) wenig nachgefragte Standorte

In einer Reihe von Bezirken befinden sich vor allem Integrierte Sekundarschulen, die jedes Jahr mit einer sinkenden Nachfrage zu kämpfen haben. Ursache dafür sind u.a. der schlechte Ruf der Einrichtung, Sorge deutscher Eltern vor überproportionaler Schülerschaft nicht deutscher Herkunft oder tatsächlich überprüfbare schlechte Vergleichstest.

3. Wege aus der Krise

a) Aktives Einnahme-Management

Den Bezirken sollte die Möglichkeit gegeben werden, Teile der Gebäude an andere Interessierte (Jugendkulturservice, Ateliers, freie Träger, etc.) zeitlich befristet unter zu vermieten und die Gebäude stärker für Nutzungen am Abend und am Wochenende zu öffnen. Voraussetzung wäre, dass die Bezirke die Einnahmen behalten und für die Schulen wiederverwenden dürfen, um einen Anreiz zu schaffen.

In diesem Zusammenhang wäre es wichtig, die Rolle der Hausmeister als Teil einer bezirklichen Kontrolle über die sorgfältige Nutzung der Immobilie zu stärken (Bezirks-Aufgabe!). Eine Quer-Finanzierung anderer Bereiche durch solche Einnahmen (Grünanlagen, etc.) ist auszuschließen.

b) Übertragung von Gebäuden (-teilen)

Über einen Geschäftsbesorgervertrag könnte die Untervermietung zu einer sorgfältig kalkulierten Kostenmiete an andere (etwa BIM) übertragen werden. Dieser sollte zeitlich befristet sein, um gegebenenfalls auf demografische Schwankungen zeitnah reagieren zu können.

c) Kostenaufteilung Bezirke und Senats-Schulverwaltung

Denkbar wäre es, die kalkulierten Kosten zwischen Bezirken und SenSchule zu teilen. Soll heißen: Das Haus von Senatorin Scheeres wird finanziell mit in die Verantwortung genommen, wenn Schulen aus Qualitätsgründen nicht nachgefragt sind. Das würde sehr schnell dazu führen, dass sich die Senats-Schulverwaltung größere Mühe gibt, weniger stark nachgefragte Schulen zu unterstützen, um ein Minus in der Etatplanung zu verhindern. Das können Maßnahmen in der Öffentlichkeitsarbeit sein, stärkeres Engagement bei einer attraktiven Profil-Bildung, etc. Wegen der besonderen Bedeutung der ISS in der Schulpolitik der Senats-Schulverwaltung wäre das ein gangbarer Weg, um die Bereitschaft zur Unterstützung aktiv zu demonstrieren und die Entwicklung der ISS in allen Bezirken zu verbessern. Und Gymnasien würde wohl auch leichter ihre Genehmigung für den Ganzttag bekommen.

4. Fazit

Die enormen Probleme der Schul-Finanzierung in den Bezirken machen eine zukunftsorientierte Schulpolitik beinahe unmöglich. Grundlos werden Kapazitäten in enormen Maße gebunden, sowohl an den Schulen selbst, in den Verwaltungen auf Senats- und Bezirksebene wie auch in den politischen Gremien. Gleichzeitig blockieren die Finanz-Probleme die Entwicklung der ISS in den Bezirken. Der an vielen Orten gewünschte und unterstützenswerte Aufbau von gymnasialen Oberstufen ist ein mehrere Jahre dauernder Prozess, der durch die Finanzmisere unglaublich viel schwerer zu bewerkstelligen ist.

Ein bedauerlicher Fakt ist: Der Wedding (nur 45 % Berufsbildungsreife in Klasse 9) säuft ab. Ähnlich ergeht es ISSen in Neukölln oder Friedrichshain-Kreuzberg.

Für das Untermiet-Modell müsste bei Schulleitungen, Lehrerschaft und Eltern zwar zunächst mit viel Engagement geworben wären, weil die Nutzung durch schulferne Aktive sich noch nicht etabliert hat. Dem stände als Gewinn gegenüber, dass Schulstandorte langfristig erhalten werden könnten.